

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/013/2011

Sozialausschuss am 23.05.2011

Zu Punkt 5: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv

Der Geschäftsführer des Jobcenters ME-aktiv, Herr Przybilla, stellt seinen Vertreter, Herrn Weinand, sowie den Leiter des Bereichs „Leistung“, Herrn Logen, vor. Ferner verweist er auf den als Tischvorlage verteilten Kurzbericht, welcher den aktualisierten Leistungsstand des Jobcenters ME-aktiv widerspiegelt (siehe **Anlage 4**).

Herr Przybilla teilt mit, dass trotz der verbesserten wirtschaftlichen Lage bei der Zahl der Arbeitslosen sowie der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bislang keine Trendwende erkennbar ist. Es ist weiterhin ein Anstieg der Zahlen zu verzeichnen.

Aufgrund der Sorge um die Zukunft ist bei den Beschäftigten des Jobcenters Unruhe festzustellen. Von den derzeit vorhandenen Stellen sind 15 unbesetzt. Personalrechtliche Gründe verhindern den flexiblen Einsatz der Beschäftigten in unterschiedlichen Geschäftsstellen. Bei der Bearbeitungsdauer der Widersprüche hat das Jobcenter ME-aktiv nunmehr die „Rote Laterne“ abgegeben.

Personalzuwachs

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Hintergründe und verweist auf die der Vorlage beigelegten Vorlage 14/2011 der Trägerversammlung. Demnach besteht aufgrund der nunmehr im SGB II vorgegebenen Betreuungsschlüssel sowie der Zahlen der Bedarfsgemeinschaften bzw. Arbeitslosen ein Personalbedarf in Höhe von 60-90 Stellen. Im Hinblick auf den erforderlich werdenden Umschichtungsbetrag aus dem Eingliederungstitel (EGT) in das Verwaltungsbudget zur Deckung der Personalkosten wurde die Anhebung der Stellen auf insg. 31 (22 Fallmanagement/Arbeitsvermittlung / 9 Zentrale Angelegenheiten) reduziert. Diese 31 Vollzeitäquivalente stellen jedoch die Mindestaufstockung dar. Stellen zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes werden hier nicht berücksichtigt.

Herr Kreisdirektor Richter berichtet von der gemeinsamen Sitzung der Sozialdezernenten sowie der Verantwortlichen für Personal und Organisation der kreisangehörigen Städte am 17.05.2011. Hier wurde als Votum die Empfehlung ausgesprochen, die Einrichtung der 31 Stellen in der Trägerversammlung zu beschließen und bei der Besetzung zu prüfen, ob durch eine Änderung des Verwaltungsaufbaus eine Reduzierung der Verwaltungskosten und somit ein geringerer Eingriff in den EGT erwirkt werden kann. Das Ergebnis dieser Organisationsuntersuchung, die durch den Service der BA durchgeführt werden kann, würde dann Ende 2011/Anfang 2012 dem Sozialausschuss respektive Kreisausschuss/Kreistag vorgestellt.

In Bezug auf die Frage, welcher Träger die Stellen besetzt, führt Herr Kreisdirektor Richter aus, dass derzeit im Jobcenter ME-aktiv 35 % BA-Personal arbeitet, während von kommunaler Seite 65 % der Beschäftigten gestellt wird. Im Vergleich zu der derzeitigen Aufgabenverteilung – Bund 84,8 % und Kommune 15,2 % – zeigt sich ein ungleiches Verhältnis. Seitens des Kreises besteht insbesondere im Hinblick auf die kreisangehörigen Städte, welche sich im Nothaushalt befinden und denen eine Neubesetzung von Stellen als freiwillige Leistung strikt untersagt ist, ein strategisches Interesse, keine weiteren Stellen kommunal zu besetzen. Er weist darauf hin, dass Herr Jäger, Leiter der Arbeitsagentur Düsseldorf, aufgrund der Disproportionalität ebenfalls von einer Reduzierung der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeht. Eine klare kommunale Entscheidung ist jedoch erforderlich, damit die BA über Zeitverträge/Beschäftigte aus Vivento die Stellen besetzen kann.

Herr Schnitzler sieht sich durch die Vorlage nicht ausreichend informiert. Mit reger Beteiligung diskutieren die Ausschussmitglieder über die Einbindung des Sozialausschusses an personalpolitischen Entscheidungen innerhalb des Jobcenters ME-aktiv.

Herr Pätzold weist darauf hin, dass der Stellen- und Kapazitätenplan innerhalb der Trägerversammlung beschlossen wird, nachdem innerhalb der MBK – somit unter Beteiligung der im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen – eine Beratung erfolgt ist. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen politischer Relevanz und dem Geschäft der laufenden Verwaltung des Jobcenters.

Frau Schettgen regt an, die Diskussion über die Auswirkungen einer Personalaufstockung bzw. einer möglichen Umstrukturierung des Verwaltungsaufbaus erst zu diskutieren, wenn das Ergebnis der Organisationsuntersuchung vorliegt.

Instrumentenreform

Herr Pätzold umreißt kurz die Problemlage der untrennbaren Themen Personalauswuchs, Instrumentenreform und die jeweiligen Auswirkungen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es sich bei der generellen Kürzung des EGT sowie der Instrumentenreform um bundespolitische Themen handelt und sich somit der kommunale Einfluss hierauf recht gering darstellt.

Herr Starke als Sprecher der Liga der Wohlfahrtsverbände warnt eindringlich davor, dass mit der Einstellung der bislang bewährten Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten (AGH), Maßnahmen nach § 16 e SGB II etc. die betroffenen integrationsfernen Menschen nicht mehr erreicht werden. Durch den Fokus auf die SGB III-Kundinnen und Kunden innerhalb der Instrumentenreform geht nach seiner Auffassung der sozialpolitische Aspekt für die SGB II-Kundinnen und Kunden verloren. Ein zusätzlicher Eingriff zugunsten des Verwaltungsbudgets in den bereits schon deutlich gekürzten EGT hält er für inakzeptabel. Eine tabellarische Darstellung über die Konsequenzen ist als **Anlage 5** der Niederschrift beigefügt.

Herr Kreisdirektor Richter erklärt, dass unmittelbar nach der Vorlage des Entwurfs der Instrumentenreform der Bundesrechnungshof auf den Personalaufstockungs- und Qualifizierungsbedarf in den Jobcentern hinwies. Da jedoch die Instrumentenreform erst zum 01.04.2012 in Kraft treten soll, wäre ausreichend Zeit vorhanden, einen eigenen Instrumentenkoffer für das SGB II zu schaffen.

Herr Kaiser sieht hier den Sozialausschuss aufgrund der geringen Einflussmöglichkeiten als falsches Gremium. Das Petitum der Liga der Wohlfahrtsverbände müsste seiner Auffassung nach an die Bundesregierung gerichtet werden.

Herr Pätzold richtet seinen Dank an den Geschäftsführer des Jobcenters ME-aktiv und sein Team und betont, dass unter schwierigen Bedingungen z.B. im Hinblick auf 13 Personalräte etc. gute Arbeit geleistet wurde.

Das Gremium schließt sich dem Dank an.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv sowie der Verwaltung zur Kenntnis.